

Die „Arbeit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Feiertagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 3,50 M. im voraus zahlbar, bei Postbestellung monatlich 3,50 M. erteilt. Zustellungsgebühren, bei Zustellung außer Stadtband 3,75 M. (Postfach und Versand) für das übrige Ausland 15.— M. jährlich. Postamtliche Zustellung.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895 und 2896.

Die achtspaltigen Anzeigenzeilen oder deren Raum, sowie jede Wort-Anzeige, als auch die Familien- und Organisationsanzeigen werden laut anstehendem Anzeigen-Tarif berechnet. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Internat.-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895-36, 2896-36, 9749

ARBEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neubildung des Kabinetts.

Herrmann Müller mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, hat der Reichspräsident den bisherigen Minister des Auswärtigen Herrmann Müller mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Nur wenige der bürgerlichen Blätter nehmen von der plötzlich eingetretenen Verschärfung der Kabinettskrise, die die endgültige Erledigung der Neubildung des Ministeriums hinausögert, Stellung. Doch auch sie begnügen sich im wesentlichen mit der Wiedergabe der im Laufe des gestrigen Nachmittags gepflogenen Verhandlungen der Parteien unter sich und mit den Gewerkschaftsvertretern. Nur das „Berliner Tageblatt“ geht weiter und sucht sowohl das Verhalten des Reichsjustizministers Schiffer zu rechtfertigen, als auch den Widerstand der Demokraten gegen die vorbehaltlose Anerkennung der Berliner Vereinbarungen mit den Gewerkschaften zu stützen. Der „Vorwärts“ teilt über die Verhandlungen Schiffers mit den Putschisten Kapp-Lüttich mit, daß eine Kommission von Rechtssozialisten ihn vor weiteren Verhandlungen nachdrücklich warnte.

Herr Schiffer antwortete darauf, er sehe keine andere Möglichkeit, die Kapp-Leute aus Berlin herauszubringen. Gegenüber dem Einwand, daß der Generalkriegsminister diese Möglichkeit schafft, verhielt er sich taub. Er zeigte größte Verachtung vor dem Bolschewismus und der „roten Armee“, die sich gebildet haben sollte, und behauptete, der Reichspräsident habe sein Einverständnis damit erklärt, daß die Putschisten in Berlin bleiben! Genosse Eberl erklärte bald darauf in einem telefonischen Gespräch mit den genannten Genossen das Gegenteil für die Wahrheit.

Um drei Uhr morgens erschien ein Militär-Offizier im Reichsjustizministerium und erklärte, man habe in der Reichsjustiz noch keinen Entschluß gefaßt, vielmehr diesen auf den nächsten Vormittag verschoben. Herr Schiffer hat darauf die drei Genossen in ein Nebenzimmer und sagte ihnen, jetzt sei Gelegenheit gegeben, die ragen Verhandlungen abzuwehren — aber er halte ein solches Vorgehen doch nicht für richtig. Herr Schiffer begab sich sodann in das Zimmer zurück, in dem der Offizier wartete, und so ist, wenn in den Entschlüssen der anderen Seite eine so bedeutende Veränderung einträte, behalte sich auch die Reichsregierung ihre Entschlüsse vor.

Man wird angefaßt dieses Tatbestandes kaum sagen können, daß Herr Schiffer keine Verhandlungen mit den Putschisten geführt hat.

Im Laufe des heutigen Vormittags ist der interfraktionelle Ausschuss zusammengetreten, um die durch den Widerstand der Gewerkschaften gegen Schiffer und die Verzögerung der Anerkennung der Berliner Vereinbarungen durch die Demokraten geschaffene Lage zu beraten. Ebenfalls sind die Gewerkschaftsvertreter der an dem Abkommen beteiligten Organisationen versammelt. Ihr Zusammenritt verzögerte sich bis gegen 11 Uhr. Nachdem die Demokraten zu erkennen gegeben haben, daß sie in neue Verhandlungen einzutreten wünschen, wird dort noch einmal über die Vorbehalte der Demokraten zu dem Berliner Abkommen und über die Personenfrage verhandelt.

Die Situation bleibt aber andauernd kritisch. Denn die demokratische Partei weigert sich, die acht Punkte anzuerkennen. Die Frage der Bildung einer Arbeiterregierung tritt damit wieder in den Vordergrund.

Die Wurzel des Übels.

R. S. In Kosses Hand und unter der Leitung seiner Vertrauten ist die Wehrmacht der deutschen Republik zu einem Instrument der Gegenrevolution geworden. Nicht allein deshalb, weil jene Vertrauten des ersten republikanischen Reichswehrministers Gegenrevolutionäre von reinstem Wasser waren, sondern vor allem, weil die von Kosses, dem politischen Ignoranten und militärischen Nichtswisser, und seinen militärischen Mitarbeitern aufgebauete Heeresverfassung zu den Forderungen der Demokratie, dem angeblichen Grundpfeiler der deutschen Republik, im trassen, unlässlichen Widerspruch steht.

Als die militärische Umgebung Kosses davon erfuhr, daß die alte preussische Disziplinarordnung, die völlige Rechtslosigkeit des Soldaten, die Gottähnlichkeit des Befehlshabers, die Unmöglichkeit des Aufstieges der Mannschaften in höhere Führerstellen, die besondere Militärgerichtsbarkeit erhalten bleiben, wußten sie, was sie taten. Ihr Ziel mußte sein, die Dauer zu erhalten, die das System des preussischen Militarismus zwischen Volkswaffe und Heer aufrechterhalten hatte, um das Eindringen unbequemer politischer Tendenzen in die Armee zu verhindern. Nur so kam es zu der neuen Armee völlig in ihre Hände bekommen, während eine demokratische Heeresorganisation die Feinde der Demokratie im Heere selbstständig ausgeschleudert oder doch unendlich gemacht hätte. Sie fanden einen willigen Handlanger in Kosses, der nicht allein mit der Anwendung des Heeres gegen die Arbeiterbewegung den Geboten des Sozialismus, sondern mit der Erhaltung des altpreussischen militärischen Systems sogar den primitivsten Geboten der Demokratie mit der Faust ins Gesicht schlug. Wir sprachen das oft aus und erhielten darauf aus den Kreisen der Rechtssozialisten zur Antwort: „Justus muß bleiben!“

Nun ist er zwar gegangen, aber gelassen ist sein System, in Wahrheit das System der Generale Wilhelm des Deserteurs, modifiziert durch die Zwangsmassnahmen des Versailler Vertrages. Nach diesem ist das Heer ein Soldnerheer. Die Grundform der Heeresverfassung ist damit gegeben, und es wäre nun Aufgabe eines Republikaners und Sozialisten gewesen, auf dieser Basis ein Heer zum Schutze der Demokratie aufzubauen, solange eine Wehrmacht noch unentbehrlich schien. Die Grundlage ist die denkbar schlechteste, denn ein Soldnerheer ist stets ein Heer von Käuflingen im tiefsten Sinne des Wortes, besonders in unserer Zeit, in der der Heeresdienst in den Massen der ehrlich arbeitenden Bevölkerung verpöndet ist und sich die besten Elemente von der Armee fernhalten, da ein Zwang zum Heeresdienst nicht besteht.

Ist diese wesentliche Eigenschaft des Soldnerheeres schon eine Gefahr für die Demokratie und ein Hindernis zu ihren Forderungen, so muß tiefe das erst recht werden, wenn es einer gegenrevolutionären Obermacht von Jähzorn gelang, die Armee fest in ihre Hand zu bekommen. Es gelang ihnen durch die Erhaltung der alten Disziplinarordnung mit ihrem Kadavergehorsam und der Heiligsprechung des Befehlshabers und seiner Befehle. Auf diese Weise erhielten sie in der Armee ein Werkzeug in die Hand, mit dem sie nach Belieben verfahren konnten, sofern sie nur Geld, gutes Essen und Weite in Aussicht stellten. Mit dem System Kosses ist die gegenwärtige Unmöglichkeit auf militärischem Gebiete zurückzuführen, die eine Gefahr für die Bevölkerung ist. In dem durch Kapp und Kosses ausgelösten, durch die vollkommenste Disziplin der Heeresregierung weiter gesteigerten Chaos kann sich heute noch jeder Träger von Kaffeeschildern eines Truppenteils für irgendeinen ihm beliebigen Zweck bedienen. Eine Truppe wird ohne zu mucken seinem Befehl folgen, wenn er wird es wagen, nach Herkunf und Verschlingung des Befehls zu fragen. Genau so sieht es in den Stagerbeitswehren aus.

Soldner noch als die regulären Truppenteile ist bei anderen Teil, sind die Arbeiter der Moskauer, die Parteifunktionäre und die Einwohnerwehren. Sie sind alle zusammen Teile eines Ganzen, obwohl die Sicherheits- und Einwohnerwehren in Herrn Heine ihren Reiz sehen. Sind die stehenden Reichswehrformationen Sammelplätze von inausländischen Abenteurern, die für gute Bezahlung

Ernstste Lage im Ruhrgebiet.

Die Konferenz der revolutionären Betriebsräte.

Essen, 26. März.

Die Lage im Ruhrrevier ist noch äußerst gespannt. Die Vorfälle der Abmachungen werden von der revolutionären Arbeitererschaft nur als ein Scheinmandat der Regierung betrachtet. Die Arbeitererschaft fürchtet, dem weißen Schrecken ausgeliefert zu werden, wenn sie die Waffen aus der Hand gegeben hat.

Auf der Konferenz der revolutionären Betriebsräte, die gestern nachmittag in Essen tagte, prallten die Meinungen scharf aufeinander. Die Vertreter der Fronttruppen waren für unbedingtes Weiterkämpfen. Ob sie sich waffenlos von dem weißen Schrecken erwidern ließen, wollten sie lieber mit der Waffe in der Hand kämpfen sehen. Zwei Vertreter der kommunistischen Zentralkommission aus Berlin boten ihre ganze Kraft auf, um die Arbeiter von unüberlegten Schritten zurückzuhalten. Sie sagten, das Proletariat könne nur eine tapferweise seinen Sieg erringen. Die Zeit für eine Afterspublik sei die denkbar ungünstigste. Die Vorfälle der Abmachungen händen einwillen nur auf dem Papier, aber es läge in der Hand der Arbeiter ganz Deutschland, die Abmachungen in die Tat umzusetzen.

Ein Vertreter des Zentralkomitees der U. S. F. D. schloß sich diesen Ausführungen an, sprach der revolutionären Arbeitererschaft für ihr heldenmütiges Vorgehen die Sympathie des Berliner Proletariats aus. Die rheinisch-westfälische Arbeitererschaft habe bisher ein musterhaftes Verhalten an den Tag gelegt und im Interesse des ganzen deutschen Proletariats den Kampf abgedrückt. Würden die rheinisch-westfälischen Arbeiter den Vorfälle der Abmachungen zum Trost von der weißen Horde überfallen, dann habe die Arbeitererschaft des Ruhrgebietes das moralische Recht auf ihrer Seite und die Unterstützung des ganzen deutschen Proletariats sei ihr gewiß.

Heute findet in Hagen eine neue Konferenz statt. Es steht zu erwarten, daß die besonnenen Elemente die Oberhand gewinnen und den Kampf zum Abschluß bringen.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde bei Wesel weiter gekämpft. Die Reichswehrtruppen erklärten, daß ihnen von einem Waffenstillstand nichts bekannt ist. Vertreter der Arbeiter-

schaft sind ununterbrochen bemüht, die kämpfenden Truppen zu trennen. Die Erregung unter den Arbeitern wird wesentlich gesteigert durch die Tatsache, daß fortgesetzt neue Regierungstruppenformationen an die Grenzen des Ruhrgebietes rücken. Außerdem liegen zuverlässige Nachrichten vor, daß bereits in besetzten Gebiet bis nahe an Bonn heran süddeutsche Truppen lagern.

Die Arbeitererschaft in den besetzten Gebieten droht den Generalkrieg an, wenn diese Truppen gegen das Ruhrgebiet in Marsch gesetzt werden. Wenn die Regierung die Vorfälle der Abmachungen nicht einhält, und die Arbeitererschaft durch weitere Truppenformationen aufreizt, stehen im Ruhrgebiet schwere Kämpfe bevor. Noch ist es Zeit, die Vernunft obwalten zu lassen. Wenn die Regierung ihre Truppen mit der gleichen Energie in Schach hält, wie es die maßgebenden Führer der Arbeitererschaft tun, kann der Konflikt vermieden werden. Vorbedingung ist allerdings, daß die Vorfälle der Abmachungen von der Regierung strikte innegehalten werden.

Im Ruhrrevier herrscht im übrigen außerordentliche Ruhe. Alle Schreckensnachrichten sind erloschen. Die Arbeit geht ihren geordneten Gang, der Verkehr läuft tadellos. In keiner Stadt ist es bisher zu Ausschreitungen und Plünderungen gekommen. Das ist auch von dem Hauptmann Garriet von der französischen Mission anerkannt worden, der das ganze Industriegebiet bereits hat, um einen genauen Überblick über die Verhältnisse zu bekommen. Er sagte zu einem Pressevertreter, daß er in den letzten Jahren selten einmal Städte angerufen hat, wo so musterhafte Ordnung herrscht. Charakteristisch für die Zustände im Ruhrgebiet ist die Tatsache, daß am Dienstag eine Konferenz der Bergarbeiter in Essen einstimmig beschlossen hat, Uebersichteten zu verfahren, solange die Arbeitererschaft nicht angegriffen wird. Leider haben sich gestern nachmittag die Regierungstruppen von Bielefeld aus näher an Hamm herangeschoben. Die dortmüder Arbeitererschaft hat dies sofort geschloßen in den Generalkrieg. Bewaffnete Arbeiter sind noch Hamm abgezogen, um einen militärischen Vorstoß der Regierungstruppen Einhalt zu bieten. Die Industrie- und Arbeitererschaft aller Parteien zeigt ein beispielloses Bild der Einmütigkeit und Entschlossenheit. Sie ist gewillt, alle reaktionären Vorschläge mit dem äußersten Widerstand an bekämpfen.

Wem nur vorerwähnt machen und den Teufel nach Höl und Höl fragen, so ist in den Reserven so etwas wie ein politisches Bewußtsein lebendig. Hier sammeln und organisieren sich die Söhne der gegenrevolutionären Bourgeoisie zur Führung ihres Klassenkampfes mit der Roten Waffe.

Sie schlagen sich darum auch besser als die regulären Soldatentruppen, und es ist wohl kaum ein Zufall, daß das in Leipzig hausende Freiwilligenregiment den kämpfenden Arbeitern erbitterten Widerstand leistete, während die Soldaten in Ruhe vor den Arbeiterwehren feige Reißaus nahmen. Diese Soldaten sind die Bewaffnung einer Gesellschafts-Klasse gegen die andere und auch ein offener Widerstand zur dreimal heiligen Demokratie der Ebert und Bauer. Und sie sind unter Noskes und Heines Hand eine Gefahr für die Demokratie geworden. Wie die Offiziere in den stehenden Formationen der Reichswehr den letzten Rest eines dürftigen Rechtes der Mannschaften, bestehend in einem unzulänglichen Vertrauensmännersystem, rücksichtslos ausrotteten, so hielten die Kommandeure der Freiwilligen und Einwohnerwehren mit peinigender Sorgfalt die Arbeiterkassen von ihren Truppen fern oder entwarfen sie nach dem Rapp-Putsch, wo doch einige ihnen angehört.

Um so notwendiger ist nunmehr die Einreihung von Arbeitern in großer Zahl in die Sicherheitswehren und in die Reichswehr und die Auflösung der Reserveformationen, deren Existenz ohnehin dem Friedensvertrage zuwiderläuft. Das zeigt sich jetzt, denn in den letzten zwei Wochen war zu beobachten, wie förmlich das System darauf angelegt ist, im „Ersatzfall“ Regimenter aus dem Boden wachsen zu lassen.

Doch das allein genügt nicht. Von neuem muß die Forderung nach Soldatenräten und nach einem Disziplinarstrafverfahren erhoben werden, das den Soldaten, der sich den Befehlen verbrecherischer Elemente unter den Offizieren widersetzt, nicht hilflos der Willkür des Vorgesetztenlängels ausliefert. Doch auch die sofortige Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit zu diesen Reformen gehört, braucht nicht erst gesagt zu werden. Nur auf solche Weise kann verhindert werden, daß die Armee als Werkzeug reaktionärer Streiche mißbraucht wird. Gerade weil das uns aufgebotene Soldatenrecht an sich ein gefährlicher Boden ist, sind demokratische Sicherungen in der Armee um so nötiger, wenn nicht die schlimmsten Giftgewächse aus diesem Boden entsprossen sollen. Und man komme nicht mit dem Einwand, daß solche Maßnahmen die Disziplin vor dem Feinde erschüttern, denn — von allen anderen Gegenständen gegen diesen Einwand abgesehen — es denkt wohl kein ernsthafter Mensch daran, mit dieser Armee in den Krieg gegen einen äußeren Feind zu ziehen.

Herr von Seeckt, der gegenwärtig die tatsächliche Macht über das Reichswehrministerium innehat, aber ist nicht der Mann, der eine solche Umbildung der inneren Organisation des Heeres durchzuführen könnte. Er ist Militärältesten Stils, ein Produkt der preussischen Schule. Für ihn sind die Einrichtungen des preussischen Militarismus, die wir als schädlich gekennzeichnet haben, unantastbares Heiligtum und unüberwindlicher Besitz. Ein elastischer Geist, als er in den Kadettenanstalten und auf den Kadettenhöfen Altpreußens zu gedeihen pflegte, ist erforderlich, um die Armee vom Kadavergehörigkeit zu freiem Wagnis zu führen.

Die Bewaffnung der Arbeiter.

Der neue Berliner Polizeipräsident Richter sprach sich über die Frage der Bewaffnung der organisierten Arbeiter aus. Er meinte, daß die Heranziehung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit natürlich sehr wünschenswert sei, aber einzuwilligen habe die Formel von der Bewaffnung der Arbeiter überwiegend nur theoretische Bedeutung, denn nach seinen praktischen Erfahrungen als Arbeiter und im Sicherheitsdienst seien im allgemeinen in ihrem Verstande gutbewaffnete Arbeiter wenig geneigt, das Handwerkszeug dauernd mit der Waffe zu vertauschen. Jedenfalls müsse der Versuch gemacht werden, mit Hilfe der Gewerkschaften, Angestellten- und Beamtenorganisationen tüchtige Kräfte für die Sicherheitspolizei zu gewinnen.

Im allgemeinen aber lägen seiner Überzeugung nach die Mängel der Sicherheitspolizei nicht sowohl bei den Mannschaften, die auch als gute demokratisch gesinnte Volksgenossen allgemein anerkannt wären, wenn sie zufällig die Arbeiterklasse, statt des grünen Uniformrocks tragen, sondern bei der Führerschaft. Hier müsse schleunigst reformiert und an Stelle unzuverlässiger Männer des alten Regimes ein neues zuverlässiges Offizierskorps gesetzt werden. Darüber hinaus müsse die einseitige Einstellung des ganzen Polizeiwesens auf den Kampf gegen den Volkswidrigismus überwunden werden, unter dem die eigentlichen Aufgaben der Polizei gelitten hätten.

Wie verfahren nicht die Schwierigkeiten, die einer Heranziehung organisierter Arbeiter an Sicherheitsdienst entgegenstehen. Diese Schwierigkeiten sind aber durch die gegenwärtige politische Situation zum größten Teile überwunden. Die Mittel der Gewerkschaften macht es möglich, die organisierten Arbeiter, die heute durchaus bereit sind, mit der Waffe in der Hand die politischen Organisationsaufgaben zu sichern und zu verteidigen, in die Sicherheitswehr einzureihen. Denn so richtig es ist, daß in erster Linie die Führerschaft durchaus unzuverlässig war, so ist es doch ganz selbstverständlich, daß organisierte, klassenbewußte Arbeiter sich nie und nimmer zum willenlosen Werkzeug ihrer Führer erniedrigen hätten.

Annahme der Steuergesetze im Reichsrat. Der Reichsrat erklärte sich mit dem Kapitalertragsteuergesetz, dem Landesteuergesetz, dem Reichseinkommensteuergesetz und dem Körperschaftsteuergesetz nach den Beschlüssen der Nationalversammlung einverstanden.

Renouveau in Braunschweig. Der braunschweigische Landtag hat dem Staatsministerium gegen die Stimmen der Unabhängigen ein Vertrauensvotum erteilt und beschlossen, das Landtag in der ersten Hälfte des Mai die Resolution des Landtags zu erledigen hat. Das Staatsministerium hat bis zu dem nach den Neuwahlen erfolgenden Neubildung des Kabinetts die Geschäfte fortzuführen.

Die Hege gegen die Arbeiterklasse.

Die Blätter der nationalsozialistischen Rechte stehen befrüht am Grabe der Rappisten. Einige, die sich den Anschein zu geben versuchen, als seien sie mit dem Unternehmen der Völkischer nicht einverstanden gewesen, verschieben diese Karte ein wenig oder machen täglich zweimal den Versuch, die Ebert-Regierung zu dem zu benutzen, was die letzte und eigentliche Aufgabe der nationalsozialistischen Rechte wäre, wenn es ihnen gelingen würde, ihre Macht zu behaupten: die Abschaffung der revolutionären Arbeiterklasse unter der Devise: Einheitsfront gegen den Volkswidrigismus.

So zeigt die „Post“, die noch gestern ihre Sympathien für Rapp und Konsorten leugnete, heute ihr wahres Gesicht. In einem langen Artikel schildert sie den Volkswidrigismus als drohendes Gespenst. Gestützt auf Mitteilungen, denen man die Spitzelherkunft deutlich ansieht, redet sie viel von einer geplanten Generalerhebung des Proletariats, für die sie selbst Zeit und Stunde anzugeben weiß. Dann erklärt sie: „Der Militärputsch, der, wenn er gelang, eine feste Hand gegen diese Unruheherden in Aussicht stellte, ließ ein längeres Zögern der Kommunisten bedenklich erscheinen.“

Damit gesagt wird, daß der „Post“ die feste Hand sehr erwünscht gewesen wäre. Da sie schnell niedergebregelt wurde, ermahnt die „Post“ die Regierung Bauer, diese nicht erfüllte Aufgabe der Rappisten fortzuführen. Und erscheint es schon beschämend genug für diese Regierung und für die hinter ihr stehenden Parteien, daß es ein solches Blatt wagen darf, ein solches Ansinnen an die Regierung zu stellen. Das ist die Frucht ihrer zögernden Haltung gegenüber den Reuterern und Hochverrätern, und es sollte ihnen zeigen, daß der Feind nur rechts steht.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt einen ähnlichen, in einzelnen Teilen völlig mit der „Post“ übereinstimmenden Artikel, der mit dem gleichen „Tatsachenmaterial“ arbeitet. Das läßt den Schluss zu, daß die beiden Zeitungen aus der gleichen Quelle schöpfen. Das heißt, daß dieses gefährliche Treiben von einer Stelle aus planmäßig organisiert wird. Es gibt keine größere Gefahr für die Erhaltung der Ruhe, als diese unversämte Hege. Und es wäre eine dankenswerte Aufgabe des neuen Kommissars für die öffentliche Sicherheit, nach dieser Quelle zu spähen und sie zu verstopfen.

Reinmachen in Hessen.

Darmstadt, 25. März. Das Ministerium des Innern gibt bekannt: Auf Befehl des Reichswehrministers ist aufstelle des Kommandeurs der Reichswehrbrigade 11 in Kassel, Generalleutnant von Stolzmann, der Infanterieführer Nr. 11 und heffische Landeskommandant in Bad Nauheim, Generalmajor Kundt zum Militärbefehlshaber im unbesetzten Teile des Freistaates Hessen ernannt worden. Als Regierungskommissar für die preussischen Kreise des Bezirkes soll der stellvertretende Regierungspräsident Dr. Goldmann in Frankfurt a. M. bestellt werden. Der verschärfte Ausnahmezustand für das Gebiet des Freistaates Hessen ist aufgehoben.

Aufruf der republikanischen Studenten.

Republikanische Kommissionen!

Die Republik, die Freiheit hat geflegt! Ich aber gilt es für alle Zukunft derartige Verbrechen an unserm Volk unmöglich zu machen, um die errungenen Freiheiten zu sichern und zu erweitern. Vor allem heißt es jetzt dafür Sorge tragen, daß der Geist der Republik und der Freiheit tatsächlich der herrschende werde und bleibe. — In ganz besonderer Höhe gilt dies für den Geist in der bewaffneten Macht. Nie mehr darf diese ein willenloses Werkzeug sein noch werden in der Hand unzuverlässiger Monarchisten und offener Eindringler!

Darum fordern die Unterzeichneten alle Kommissionen, die auf republikanischem und freiheitlichem Boden stehen, auf, gemeinsam mit der organisierten Arbeiterschaft ausnahmslos in die Reihen der bewaffneten Macht zu treten, sei es für längere oder kürzere Zeitdauer, sei es für Soldatendienst oder als Freiwilliger, damit die Wehrmacht der Republik ein endlich wird mit dem längst eindeutigen Willen des Volkes!

Republikanische Kommissionen, zeigt, daß auch unter uns Studenten das Zusammengehörigkeitsgefühl mit der überwältigenden Mehrheit des Volkes lebt, zeigt, daß auch unter uns zahlreiche sind, die kämpfen wollen.

für die Demokratie, für die Republik, für die Freiheit!
Schulte, Vorsitzender der studentischen Zentrumsgruppe; Ernst, Vorstandmitglied des demokratischen Studentenbundes; Kruse, Führer der sozialist. Studentenfraktion; Straßer, Führer der freigeistlichen Fraktion; Prasse, Vorh. der des Republik. Hochschulbundes; Naemisch, Fraktionsführer der freideutschen Gruppe; Zehe, Mitglied des Sozialist. Studentenbundes.

Wir begrüßen diesen tapferen Aufruf der republikanischen Studenten, der sich wohlthuend abhebt von der hohlen Phrasendrescherei und dem überlauten Nationalismus der „deutschen“ Hochschulkügel.

Aus der Schughast entlassen.

Die Genossen Dr. Hermann Dunder und Grabow sind gestern Abend um 9 Uhr aus der Schughast in der Oberkammerwecker-Straße entlassen worden. Die Genossen Baer und Gutmann befinden sich noch in Haft. Sie sind in geradezu barbarischer Weise mißhandelt worden. Bei den Vollstreckungsbehörden in Döberitz befinden sich noch in Haft die Genossen Schäge und Liebig vom Aktionsausschuß in Senefeld. Wir verlangen, daß die Genossen sofort aus den Händen dieser Elemente befreit werden.

Wie die Verhafteten in Döberitz behandelt wurden, geht aus der Schilderung eines zu Unrecht verhafteten Kaufmanns Rudolf Fuhs aus Winaersdorf hervor:

In Döberitz wurden wir von Soldaten der Marinebrigade Erhardt mit ten schrecklichen Drohungen empfangen und sofort nach dem Ausladen auf das Schloß mit Knütteln, Reitpeitschen usw. mißhandelt. Kammerlich richtete sie die Wut gegen Herrn Gutmann, weil derselbe besonders jüdisch ausah. Wir mußten durch eine Horde von Soldaten Spiegeln laufen und tragen alle Verletzungen, namentlich am Kopf, Leber. Herr Baer trug ein geschwollenes Auge davon. Ich selbst habe eine Reihe Verwundungen am Kopf. Keine Strafbüße war möglich, bis auf 1000 Mark wurden

in einem Wiederhakt hineingetrieben, wo wir bis zu mehrtägiger Entlassung am Mittwoch vormittag verblieben. Die anderen blieben auch weiter dort. Die ganze Nacht hindurch wurden wir von der Soldateska, die sich um den Stall versammelt hatte, mit Totschlag bedroht. Die Soldaten versuchten verschiedene Mal den Stall zu räumen, um uns totzuschlagen, und sie konnten nur mit Mühe von den Offizieren daran verhindert werden. Am nächsten Mittag erlitten wir in einem Winterweimer Suppe. Hierzu wurden uns zwei alte verrotzte Köffel gegeben, mit denen wir abwechselnd essen mußten. Am Abend gab es etwas Nommisbrot und Kunsthonig. Am nächsten Vormittag (Mittwoch) kam ein Offizier und führte mich zur Kriminalabteilung. Dort wurde mir erklärt, daß bei meiner Verhaftung vermutlich ein Ferkel vorliege, da ein Dr. Fuhs, Kaiser-Allee 42, gesucht würde, ich aber Nr. 48 wohne und nicht Doktor bin. Ich wurde alsdann entlassen und fuhr mit der Bahn nach Berlin.

Der weiße Terror in Pommern.

Aus Pommern wird uns mitgeteilt:

Als gelehriger Schüler des General Ertwits zeigte sich der Reichswehrmajor Vante, in Belgard in Pommern, der sofort nach dem Berliner Putsch alle gegen die Rapp-Völkerei in Wort oder Schrift gerichteten Angriffe mit den schwersten Strafen bedrohte, auswärtige Zeitungen unterbotte und den mit der Führung des Generalkreises betrauten Aktionsausschuß am 17. März verhaften ließ. Auch den Landrat des Kreises, einen Demokraten, ließ er, nachdem er ihn unter dem Erlaßen von Verhandlungen in seine Gewalt gelockt hatte, festnehmen. Nach der Rapp-Putsch stellte er sich schamlos wieder auf den Boden der Verfassung und verlangte die sofortige Entfernung der „parteilichen“ Kreiswehr, anderenfalls er die Stadt mit Minenwerfern und schweren Geschützen beschließen werde.

Seitdem er durch diese Drohung die Arbeiterwehr und einen kleinen der Regierung treuebliebenen Truppenteil zum Abzug bewogen hat, hat der Dursche ein wahres Schredenregiment in Stadt und Kreis Belgard aus. Was bedeutet die Regierung zu tun, um auch diesen Hochverräter unschädlich zu machen?

Entsendung von Reichskommissaren in die Provinz.

Berlin, 25. März.

Als Kommissare der Reichsregierung sind Reichsratsbevollmächtigter Hans Kräger, Medienburg, nach Greifswald, die Abgeordnete Hermann Kappeler und Reichshaus nach Erfurt, Dr. Adolf Köster, der bisherige Staatskommissar, als Reichskommissar für Schleswig-Holstein nach Kiel, und der Abgeordnete Westermann nach Wilhelmshaven entsandt worden, um an ihren Bestimmungsorten die durch den Rapp-Putsch entstandene Lage zu prüfen und die gebotenen Maßnahmen zu veranlassen.

Wichtiger als die Entsendung von Staatskommissaren ist die Entsendung von Vertretern aller sozialistischen Parteien, um bei den Verhandlungen mitzuwirken.

Entspannung in Halle.

Halle, 25. März.

Die Lage hat sich heute mittag wesentlich entspannt, da der militärische Befehlshaber von Halle sich bereit erklärt hat, diejenigen, die entgegen dem Abkommen in den letzten 48 Stunden verhaftet wurden, wieder freizulassen. Nur 15 Personen sollen in Haft gehalten werden, sie haben sich gemainer Verbrechen schuldig gemacht. Ein solches Einverständnis hat es gemacht, daß die Verhängung des Standrechts durch den militärischen Befehlshaber von Halle auf telegraphischen Befehl von Berlin wieder aufgehoben wurde. Es werden augenblicklich in den Straßen Plakate verteilt, in denen die Arbeiterorganisationen den Abbruch des Generalkreises empfehlen. Morgen wird wahrscheinlich die Arbeit wieder aufgenommen.

Die abwartende Haltung der Entente.

Wie die „Rechtinformation“ aus Paris meldet, hat der Oberste Rat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, in der Angelegenheit der deutschen politischen Ereignisse eine abwartende Haltung einzunehmen und von aktiven militärischen und wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Deutschland vorläufig Abstand zu nehmen.

Wenn die französische bürgerliche Presse auf ein Eingreifen der Alliierten drängt, so steht sie damit völlig allein. Jean Longuet telegraphierte dem „Populaire“ aus Manchester von einer Tagung des Verwaltungsrats der unabhängigen Arbeiterpartei über die Internationale, die englische öffentliche Meinung sei stark erregt durch den Festzug der französischen bürgerlichen Zeitungen für ein Eingreifen.

Die russischen Reaktionäre und der Rapp-Völkerei-Putsch.

T.U. Warschau, 26. März.

Der sozialistische „Nobodnik“ meldet, daß zwei Tage vor dem reaktionären Putsch in Deutschland in Berlin eine geheime Sitzung der dort weilenden russischen Reaktionäre stattgefunden hat. An dieser Sitzung haben unter anderen russischen Aristokraten Fürst Volkonski, ferner Graf Kravotkin sowie die Politiker Gukow und Vermont teilgenommen. Die russischen Reaktionäre beschloßen in dieser Sitzung, im Falle des Sieges der Monarchisten in Deutschland sich an die deutsche Regierung mit dem Ersuchen zu wenden, auch die Durchführung eines monarchistischen Umsturzes in Rußland zu unterstützen.

Die Friedensvorschläge der Sowjetregierung.

London, 26. März.

Sant „Central News“ verspricht Litwinow die sofortige Entwaffnung und Abrüstung der Roten Armee, sobald die bewaffnete Bedrohung seitens Westeuropas nicht mehr bestehe. Er verlangt die Freiheit der Entwicklung der Sowjetrepublik und ein Versprechen der Entente, daß keine Intervention erfolge und daß die wirtschaftlichen Beziehungen wieder aufgenommen würden. Sobald die Existenz der Väterrepublik sichergestellt sei, solle ganz abgerückt werden. Ferner verspricht Litwinow die Anerkennung der russischen Staatsschulden einschließlich der fälligen Zinsen.

Die Beamtenbesoldungsreform ist der Nationalversammlung angetragen. Sie sieht 12 Besoldungsgruppen vor. Das Durchschnittslohn wird durch die Besoldungsordnung geregelt, der Durchschnittslohn richtet sich nach den fünf Ortstufen und der Besoldungsgruppe. Der Ortsschlag für Berlin beträgt z. B. 200 bis 3000 Mark. Die Aushilfsbeihilfen betragen 10 Proz. des Ortsschlages. Die Unterbeamten beziehen als Grundbesoldung 200 bis 5700 Mark, die mittleren Beamten 4200 bis 11100 Mark, höhere Beamte 2200 bis 20000 Mark. Für 1820 beträgt das Einkommen für Unterbeamte im Minimum 6000 Mark ohne Aushilfsbeihilfen, im Durchschnitt 8000 Mark, für mittlere Beamte im Minimum 8400 Mark im Durchschnitt 12000 Mark.

Was das Ausland sagt.

Die ausländischen Blätter laufen erst langsam ein, und trotz ihnen insofern nur eine kurze Zusammenfassung darüber bringen, wie die sozialistische Auslandspresse die durch den gegenwärtigen Krieg geschaffene Situation in Deutschland beurteilt. „Der Volk“, das Organ der holländischen Parteigenossen, verlangt vor allem die Einigung der sozialistischen Parteien. Es sagt in seiner Ausgabe vom 13. März, daß diese Einigung im gegenwärtigen Augenblick nicht nur eine deutsche Angelegenheit sei, sondern eine europäische Angelegenheit von größter Bedeutung. Dabei brauche man nicht nur an die sozialistische Internationale zu denken, die durch die Spaltung zur Ohnmacht verurteilt sei. Auch in unmittelbarer Beziehung sei durch die jüngsten Ereignisse die Einigkeit des deutschen Sozialismus eine europäische Angelegenheit geworden. „Die erneute Verfestigung einer Regierung von Junkern und Generälen in Deutschland droht zu bedeuten, daß eine Wiedergewinnung des Krieges nicht vor der Tür steht. Man kann kaum erwarten, daß die Ententevölker ein Wiederankommen des agrarischen Militarismus in Mitteleuropa dulden würden. Und es unter eigenes Land dann zum zweiten Male dem blutigen Kampf entzogen würde, muß nur allzusehr beklagt werden. So haben jetzt die deutschen Sozialisten das Heil der Welt in den Händen. Versuchen sie sich zu der gewaltigen Macht, die sie durch Einigkeit ausüben können, so können die Gefahr abgewendet, da sie dann jeder Reaktion mit Kraft den Kopf einstampfen können.“

Am 18. März hat „Der Volk“ bereits genauere Nachrichten (Nr. Nummer vom 16. und 17. und nicht eingetroffen). Das Blatt teilt mit, daß der Staatsoberste der Kampf und Kämpfe durch die Arbeiter zurückgeschlagen wurde, daß dabei viele Arbeiter ihr Blut für die Sache des Proletariats dahingelassen haben. Werden sie jetzt zufrieden sein mit der Wiederherstellung einer Koalition-Regierung... Es kann bereits festgestellt werden, daß eine neue Stimmung, die in welcher Form immer den Einfluß der sozialistischen Arbeiter auf den künftigen Gang der Dinge in Deutschland vergrößern will, bei einem großen Teil der wehrwirtschaftlichen Unternehmung finden wird.“

Die französischen Parteiblätter verfolgen die Vorgänge in Deutschland mit großem Interesse. Sie hoffen, daß der Widerstand gegen den reaktionären Staatsobersten übergeben werde in die Hand der politischen Macht durch die sozialistischen Parteien als Vertreter der Mehrheit der Bevölkerung. Es gibt allerdings auch „sozialistische“ Blätter, die anders urteilen. So die „France Libre“, das Organ der ausgegliederten französischen Sozialisten von dem am weitesten rechts stehenden Flügel. Es hält eine lebhafte Forderung der Entente für notwendig, und stellt die Frage, ob es nicht angebracht sei, Deutschland auf neue ihre Uebermacht fähigen zu lassen. Das Wiedererwachen des deutschen Militarismus führt „France Libre“ auf die schlappe Politik der Ententemächte und Amerikas Deutschland gegenüber zurück, und sie gedenkt mit Verdrüßlichkeit der „berühmten militärischen und politischen Stellung“, die früher von den Bundesgenossen eingenommen wurde, als sie mit vereinten Kräften dem deutschen Volk den Fuß auf den Rücken gesetzt hatten!

„Humanität“ will dagegen nichts von den nationalpolitischen Anschauungen wissen, die nur eine Stärkung der Reaktion in Deutschland bedeuten würden. Das Blatt schreibt: „Was uns angeht, so glauben wir, daß die Stunde für die deutsche soziale Revolution schlägt. Wir wünschen, daß die von den Sozialisten veränderte allgemeine Arbeitstube den Ueberfall der imperialistischen Truppen abzuwehren wird. In dem Maße, in dem die jüdische Ministerium Bauer-Roske, das weder eine Partei noch eine Klasse vertritt, einmal gefallen, so muß in der vollen Kraft der Kampf zwischen der Revolution und der unerbittlichen Reaktion entzünden... Nur ihr Sieg kann den preußischen Militarismus vernichten. Umgekehrt wird die Intervention, die von einigen unserer Militärs und Regierenden verlangt wird, nur den Plänen der deutschen Junker und Monarchisten dienen. Darum muß von Anfang an gegen dieses gefährliche Treiben aufgetreten werden.“

„L'ouest“ schreibt im „Populaire“ daß vor allem die Abhandlung des deutschen Volkes durch die Entente die Ursache der Reaktion geworden habe. Die Wirkung des Vertrages von Versailles auf die innerpolitische Machtverteilung in Deutschland war äußerst günstig für die Militärischen und Militaristen, die sich nun als die vornehmsten Verteidiger des Vaterlandsgedankens und der Reichseinheit hinstellen und sich wieder von den Schlägen erholen konnten, die ihnen von der Revolution beibringen worden waren. Und auch durch die Forderung einer Berufswehr und des auf Kriegsfähigkeit der berufenen „Eisernen Division“ für den Kampf gegen den Bolschewismus habe die Entente die deutsche Reaktion direkt gefördert.

„Daily Herald“ vom 17. März meint, es sei nicht klar, ob Deutschland augenblicklich eine Kornloshölle durchzumachen habe. Sowohl aber steht fest, daß eine Krise ist tot und kann nicht wieder hergestellt werden. Der Staatsoberste vom vergangenen Sonnabend hat hier eingegriffen, als seine eigenen Kräfte trüben, dieser, als die Regierung zu Stuttgart noch jetzt ankommt. Die „Berliner Zeitung“ ist ein freies Papier. Die Zukunft Deutschlands hängt ab von dem Ausgang, den der Kampf zwischen der militärischen Macht der Generäle und der wirtschaftlichen Macht der Arbeiter haben wird. Werden die Generäle gewinnen, so wird Deutschland unter der einen oder anderen verfassungsgemäßen Verwaltung durch das Heer regiert werden. Werden die Generäle geschlagen, so wird es durch die triumphierte Macht der Arbeiter sein. Ebert, Roske und Bauer können vielleicht wieder auf ihren alten Platz gesetzt werden. Aber sie werden zurückkehren als die Diener, nicht als die Meister der Arbeit. Sie werden ihre Macht empfangen, und die Zeit muß wissen, daß sie sie empfangen, von der Macht der Arbeiter, nicht von den Stimmen der Bourgeoisie.“

Ungarn wieder Monarchie.

Eine Regierungsverordnung erklärt, daß im Sinne des Gesetzes über die Wiederherstellung der Verfassung, inwieweit die Ausübung der künftigen Macht seit dem 13. November 1918 ausgeübt habe, die Staatsform Ungarns auch weiterhin das Königtum sei. Demzufolge haben die künftigen Behörden, Kämmerer und Anstalten die Bezeichnung „Königlich ungarisch“ zu führen. Ueber dem Landeswappen ist das Bild der ungarischen Krone anzubringen.

Damit ist auf Regierungsverordnung, wohlgerichtet nicht durch den Willen des Volkes, die Monarchie in Ungarn wieder aufgerichtet. Jetzt fehlt nur noch der Höhe auf dem Thron und die alte Königsberührung mit ihrer kaiserlichen Verfassung der Väter und Arbeiter durch die ungarischen Magnaten kann wieder beginnen — wenn das ungarische Volk nicht abermals die Rechnung bezahlt.

Zusammenbruch der italienischen Genossenschaften und der sozialistischen Partei.

Vor kurzem hielt die Liga der italienischen Genossenschaften ihren Kongress in Rom ab und sagte dort auf Antrag des sozialistischen Abgeordneten Cabini einen Beschluß, der für die gesamte proletarische Bewegung von großer Bedeutung werden kann. Cabini gehörte zu den Delegierten, die die italienische Regierung nach Versailles gesandt hatte, aber er erklärte dort bald, daß das Proletariat nicht von Versailles zu erwarten habe und ging fort, indem er die Türen blühend hinter sich schloß. Auf seinen Nachnamen nahm der Genosse

sozialkongress in Rom eine Tagesordnung an, in der festgestellt wird, daß in Italien die einzige politische Bewegung, die für die Sozialisierung der Produktionsmittel und des Austausches organisiert ist, in der der Nationalkongress der Genossenschaften von 1912 das Ziel der Genossenschaften vertritt, die Bewegung ist, an deren Spitze sich die Italienische Sozialistische Partei und der Generalrat der Arbeit befinden; deshalb ernannt den Vorstand der Liga, eine Verbindung mit dem Generalrat der Arbeit (Gewerkschaften) und der italienischen sozialistischen Partei zu schließen.

Dieser Beschluß bedeutet die Sammlung aller proletarischen Kräfte, der Produktion, der Verteilung, der politischen Reorganisation, die für eine tiefgreifende Umwandlung der Gesellschaft notwendig ist. Genossenschaften, Gewerkschaften, Arbeiter- und Bauernräte, sozialistische Organisationen bilden das Gerüst der neuen Gesellschaft. Ihre Einigung ist jetzt in Italien vollzogen. Jede Gruppe hat ihre eigenen Funktionen, aber sie arbeiten gemeinsam zu einem großen Ziel.

Nur keine deutschen Arbeiter für die Landwirtschaft.

Wir haben schon manche Erfahrungen mitgeteilt, welche großstädtische Arbeiter bei der Landarbeit machten, wenige Tage brauchen, werden sie bald durch schlechte Behandlung, Verpflegung und Unterhalt genugung, dieses paradiesische Eden in den östlichen Junkergrößen wieder mit dem Dasein eines arbeitslosen Großstadtproletariats zu verwechseln. Eine Zeitung hieß es immer bei den Großgrundbesitzern: „Nur keine Berliner“. Jetzt heißt es aber schon: „Nur keine deutschen Arbeiter.“

Ein deutsches Schnitterpaar, das schon jahrelang in der Landwirtschaft in Schnitterkolonnen tätig ist, trat am 1. März bei dem Gutbesitzer Hauptmann Vötter in Wartin bei Roskow in Vorpommern als Angehörige einer solchen Schnitterkolonne in Stellung. Da sie als deutsche Arbeiter wenigstens einigermaßen menschlich behandelt werden wollten — sie verlangten zum Beispiel den „Lugus“ einer eigenen Stube, erforderte der Inspektor heftige Vorwürfe gegen den Vorknitter, daß er deutsche Arbeiter mitbringe, der Herr Hauptmann wüßte nur polnische Arbeiter. Tatsächlich waren die beiden die einzigen Deutschen in der 150 Mann starken Kolonne. Sie muhten nach einer Woche ihre Entlassung nehmen und überall, wo sie sich hinwandten, hieß es: Nur polnische Arbeiter werden eingestellt. Sie fuhren nun nach Berlin zurück, in der Hoffnung, auf dem Steintiner Bahnhof einen Vorknitter zu finden, bei dem sie wie in früheren Jahren fremd Beruf nachgehen konnten, alles vergebens. Überall das selbe Lied: Wir dürfen keine deutschen Arbeiter mehr nach Pommern bringen. Auch ein Beitrag zu dem Thema von der „Hauszeit“ der Arbeiter, die nicht arbeiten wollten.

Wiederherstellung von Lebens- und Krankenversicherungen.

Ueber die Wiederherstellung von Lebens- und Krankenversicherungen sind durch eine Bekanntmachung vom 20. Dezember 1917 („Reichsgesetzbl.“ S. 1121) Bestimmungen ergangen, deren Kenntnis für die Allgemeinheit von größter Bedeutung ist. § 1 dieser Bekanntmachung bestimmt:

„Sind die Rechte aus einer mit einem privaten Versicherungsunternehmen geschlossenen Lebens- und Krankenversicherung nach dem 31. Juli 1914 erloschen oder gemindert, weil der Versicherungsnehmer seine Verpflichtung zur Beitragszahlung oder eine andere vertragmäßige Obliegenheit infolge des Krieges nicht rechtzeitig erfüllt hat, so ist der Versicherungsnehmer berechtigt, nach Maßgabe der nachstehenden Vorschriften die Wiederherstellung der Rechte aus der Versicherung zu verlangen. Die nicht rechtzeitige Erfüllung einer Zahlungspflicht gilt als durch den Krieg verursacht, wenn sie auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Versicherungsnehmers zurückzuführen ist.“

Die allgemeinen Bestimmungen über die Voraussetzungen und den Umfang der Wiederherstellung stellt der Vorstand des Versicherungsunternehmens mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde auf. Der Antrag auf Wiederherstellung ist schriftlich unmittelbar an den Vorstand des Versicherungsunternehmens zu richten. Tritt nach der Abfindung des Antrags der Versicherungsfall ein, so bleibt das Recht auf Wiederherstellung unberührt. Der Antrag auf Wiederherstellung muß bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Beendigung des Krieges gestellt werden.

Als Zeitpunkt nach Beendigung des Krieges hat der Reichswirtschaftsminister den 10. Januar 1920 bestimmt, so daß als die sechsmonatige Ausschlussfrist von diesem Tag ab läuft. Wird aber die Genehmigung oder Freistellung der allgemeinen Bestimmungen für die Wiederherstellung erst nach der Beendigung des Krieges bekannt gemacht, so wird die Frist durch die Aufsichtsbehörde festgesetzt. Sie muß mindestens sechs Monate von der Bekanntmachung ab betragen und ist bei dieser anzugeben. Für Versicherungsnehmer, die durch Kriegsverhältnisse an der Einhaltung der Frist verhindert worden sind, endet die Frist erst sechs Monate nach dem Wegfall des Hindernisses.

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der Bekanntmachung vom 20. Dezember 1917.

Löhne und Preise.

Die ungläubliche Steigerung aller Lebensmittelpreise zwingt die Arbeiter aller Völker zu neuen Lohnforderungen. Und da die Ausbeuter in der Industrie nicht einsehen werden, daß ihre Wuchererträge hinter denen der landwirtschaftlichen Profiteure zurückbleiben sollen, so werden sie die Lohnhöhungen zum Vorwand nehmen, um die Preise für sämtliche Industrieerzeugnisse zu steigern.

Daß der wahre Grund für die hohen Preise der Industrieprodukte aber nicht im Steigen der Löhne, sondern im Rohstoffmangel liegt, darauf weist die „Holzarbeiter-Zeitung“ in einem Artikel hin. Sie begründet die neuen Lohnforderungen der Holzarbeiter mit dem Steigen der Lebensmittelpreise. Dann weist das Blatt die Behauptung gewisser „Nachkriter“ zurück, die — vorbeugend — in bürgerlichen Blättern verschiedener Richtungen eine Kritik im Holzgewerbe propagieren, die eintreten würde, wenn die Löhne der Arbeiter weitere Erhöhungen erfahren sollten. Das Blatt macht zur Abwehr solcher Falschbehauptungen auf die Steigerung der Holzpreise aufmerksam. Es schreibt darüber:

Für das Aufholzer Holz, für das man im Januar 1914 noch 43 M. zahlte, und das sich in den Jahren 1917/18 und in der ersten Hälfte des Jahres 1919 in der Preisliste zwischen 100 und 170 Mark bewegte, werden in den letzten Monaten und besonders zu Beginn des Jahres 1920 900 M. gezahlt. Die Erträge neuerer Kulturen lassen erwarten, daß das Aufholzer Holz bald mehr als 1100 M. kosten wird, ohne daß damit der Höhepunkt erreicht wäre. Die Verschönerung von Holz im Ausland und die Absperrung von den Erzeugungstätten im Osten lassen ein weiteres ungestörtes Steigen der Holzpreise erwarten.“

Bei diesen Wucherpreisen wird die durch eine Steigerung der Löhne bedingte Preissteigerung, sofern sie überhaupt in Erscheinung tritt, kaum noch sichtbar. Der Prozentanteil des Lohnes am gesamten Herstellungspreis wird eher geringer als größer. Wie in der Holzindustrie, so liegen die Verhältnisse in allen Produktionszweigen.

Die Entrichtung der Einkommensteuer.

In dem am 1. April beginnenden neuen Rechnungsjahr wird die Einkommensteuer zunächst wie bisher ratenweise, und zwar mit dem in den ersten 10 Tagen der Monate Mai, August, November und Februar jeweils fälligen Beitrag durch die Steuerpflichtigen selbst entrichtet werden. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Steuerentrichtung durch Lohn- und Gehaltsabzug, die im wesentlichen unverändert nach dem Regierungsentwurf zur Annahme gelangt sind, können einweilen noch nicht in Kraft gesetzt werden, da die Herstellung der für die Durchführung des Verfahrens erforderlichen Sturmmarken noch geraume Zeit in Anspruch nimmt. Die Einkommensteuer ist im kommenden Rechnungsjahr auf Grund des für den Rechnungsjahr 1919 festgestellten Einkommens, aber nach den Steuerföhen und den sonstigen Bestimmungen des am 11. März endgültig verabschiedeten Einkommensteuergesetzes zu zahlen. Der Steuerpflichtige hat, wenn ihm ein vorläufiger oder endgültiger Steuerbescheid nicht zugegangen ist, zu dem gesetzlichen Zahlungstermin Teilzahlungen nach der ihm für das vorangegangene Rechnungsjahr angelegten Einkommensteuer vorläufig weiterzulegen.

Die Kosten der französischen Besatzungsgruppen betragen für das Jahr 1920 700 Millionen Francs. Von den 700 Millionen entfallen 500 Millionen auf die Besatzung im Rheinland, 60 Millionen auf das Saargebiet und 140 Millionen auf die Abstinenzgebiete.

Lohnbewegung der englischen Grubenarbeiter. Eine Konferenz von Vertretern des Grubenarbeiterverbandes hat einstimmig das Ansuchen der Regierung, eine Lohnerhöhung von 20 Prozent zu genehmigen, abgelehnt.

Die polnische Antwort auf das russische Friedensangebot ist nunmehr abgelehnt worden.

Der polnische Angriff gegen Litauen eingestrichelt. Nach einer Meldung aus Kovno haben die Polen den vor einigen Tagen begonnenen Angriff auf Litauen auf Verlangen der Entente-Kommission, die die polnischen Streitkräfte untersucht, wieder eingestellt. Die Polen haben eine Reihe von Dörfern, die sie besetzt hatten, geräumt.

Unruhen in Irland. Bei Zusammenstößen zwischen britischem Militär und Zivilisten in Dublin wurden zwei Personen getötet und fünf verwundet.

England baut Eisenbahnen in Rußland. Zwischen England und Rußland finden Verhandlungen über den Bau einer direkten Eisenbahn von Rival nach Moskau statt. Die schlandische Regierung hat dem Bau dieser Linie bis zur Grenze bereits zugestimmt.

Das Explosionsunglück in Berlin-Lantow.

Wie die „Telegraphen-Union“ zu dem gestrigen Explosionsunglück in der Munitionsfabrik Garbert in Berlin-Lantow weiter erfährt, beträgt die Zahl der Verletzten ungefähr hundert.

Aus der Partei.

Ausschlussantrag gegen Bauer.

Das Mitglied der unabhängigen Partei, der Anorganismus William Bauer, hatte auf eigene Faust mit Kopp, Krumm und Oberst Bauer Verhandlungen gepflogen. Er wurde daraufhin von den Wilmersdorfer Parteifunktionären vorgeladen, um sich zu verantworten, erschien aber nicht, sondern sandte ein längeres Verteidigungsschreiben. Die Funktionäre der Wilmersdorfer Parteioffiziation beantragten deshalb bei der Mitgliederversammlung den Ausschluss Bauers.

Eine Arbeiterpartei in Japan.

Trotz des gesetzlichen Verbots hat sich in Japan eine Arbeiterpartei gebildet. Etwa ein Dutzend Arbeiterorganisationen haben sich zu diesem Zweck zusammengeschlossen. Die Behörden haben nichts getan, um die Gründung zu verhindern, offenbar, weil sie ganz genau wußten, daß die Bewegung zu stark geworden ist. Das Programm der neuen Partei besteht vornehmlich aus zwei Forderungen: Allgemeines Wahlrecht und Fernhalten von kapitalistischen politischen Parteien. Bis jetzt gehört ihr keine der Mitglieder der Volksvertretung der Arbeiterpartei an, und es ist fraglich, ob sie überhaupt bei politischen Wahlen jetzt schon einen Erfolg erlangen könnte. Es scheint jedoch, daß die Wahlrechtsbewegung kräftig einsetzt und behändig wächst.

Berichtigung.

Wir hatten in unserer Abendausgabe vom 28. März über die Vorgänge in Köpenick und umgehend berichtet und dabei erwähnt, daß der Hauptmann Adlerhof von gegenrevolutionären Truppen besetzt gewesen sei. Dem wird uns vom Verleumdung der Berliner Wache und Schützengesellschaft, Anpeltion Adlerhof, mitgeteilt, daß auf dem Hauptplatz nie gegenrevolutionäre Truppen stationiert waren, sondern daß derselbe immer nur von Angehörigen der Berliner Wache und Schützengesellschaft besetzt wird und mit Zustimmung der Adlerhofer organisierten Arbeiterschaft als neutrales Gebiet erklärt wurde.

Trudfieberberichtigung. In unserem Artikel Alexander Kutran haben (meine Trudfieber Verwirrung) angebracht. Es muß es im letzten Absatz, in die Zeile nicht rechts, sondern rechts stehen. Und der letzte Satz heißt: „Wenn der Mann gefallen, doch das Banner steht.“

Nichtigstellung. Die Meldung über die Verhandlungen zwischen dem russischen Außenminister im Haag wegen Lieferung von Lebensmitteln ins Ruhrgebiet wird heute dahin demontiert, daß diese Kommission schon vor längerer Zeit Unterhandlungen mit Holland zum Zwecke der Lieferung von Lebensmitteln aufnahm, daß es sich aber nicht um eine Kommission handelt, die den gegenwärtigen Verhältnissen entspricht.

Sobden erschienen!

Programm und Taktik der U. S. P. D.

von

Arthur Crispian

Preis 3.— Mark

Organisationen erhalten Rabatt

Duchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 3-5, Berlin O 2.

